



Erfahrungen mit der Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB) in der Schweiz

Prof. Dr. Daniel Wachter
Leiter Sektion Nachhaltige Entwicklung
Bundesamt für Raumentwicklung
CH-3003 Bern

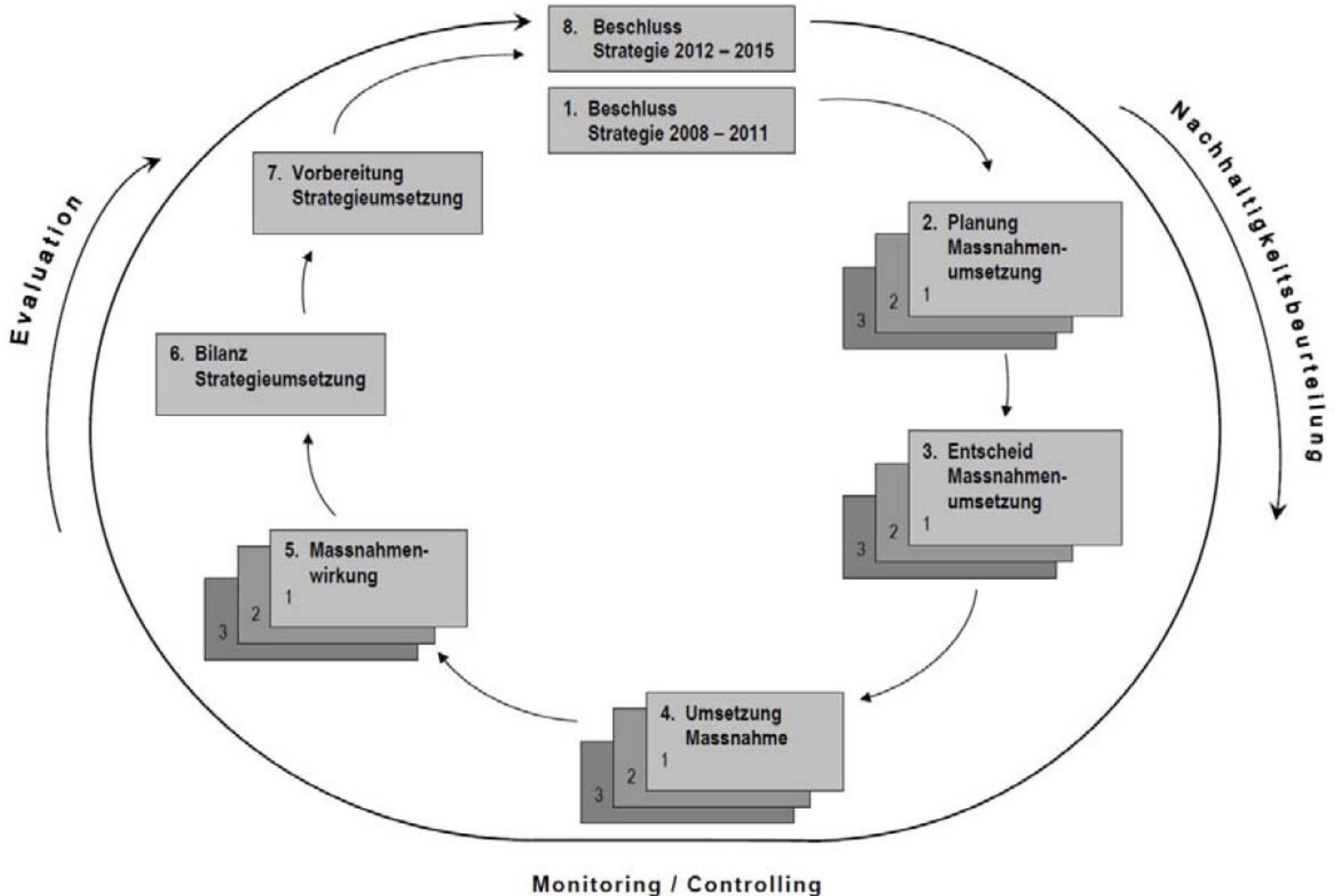
Dritte Fachtagung Bürokratieabbau der Konrad-Adenauer-Stiftung
20. November 2012

Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015 als Teil der Legislaturplanung des Bundesrates



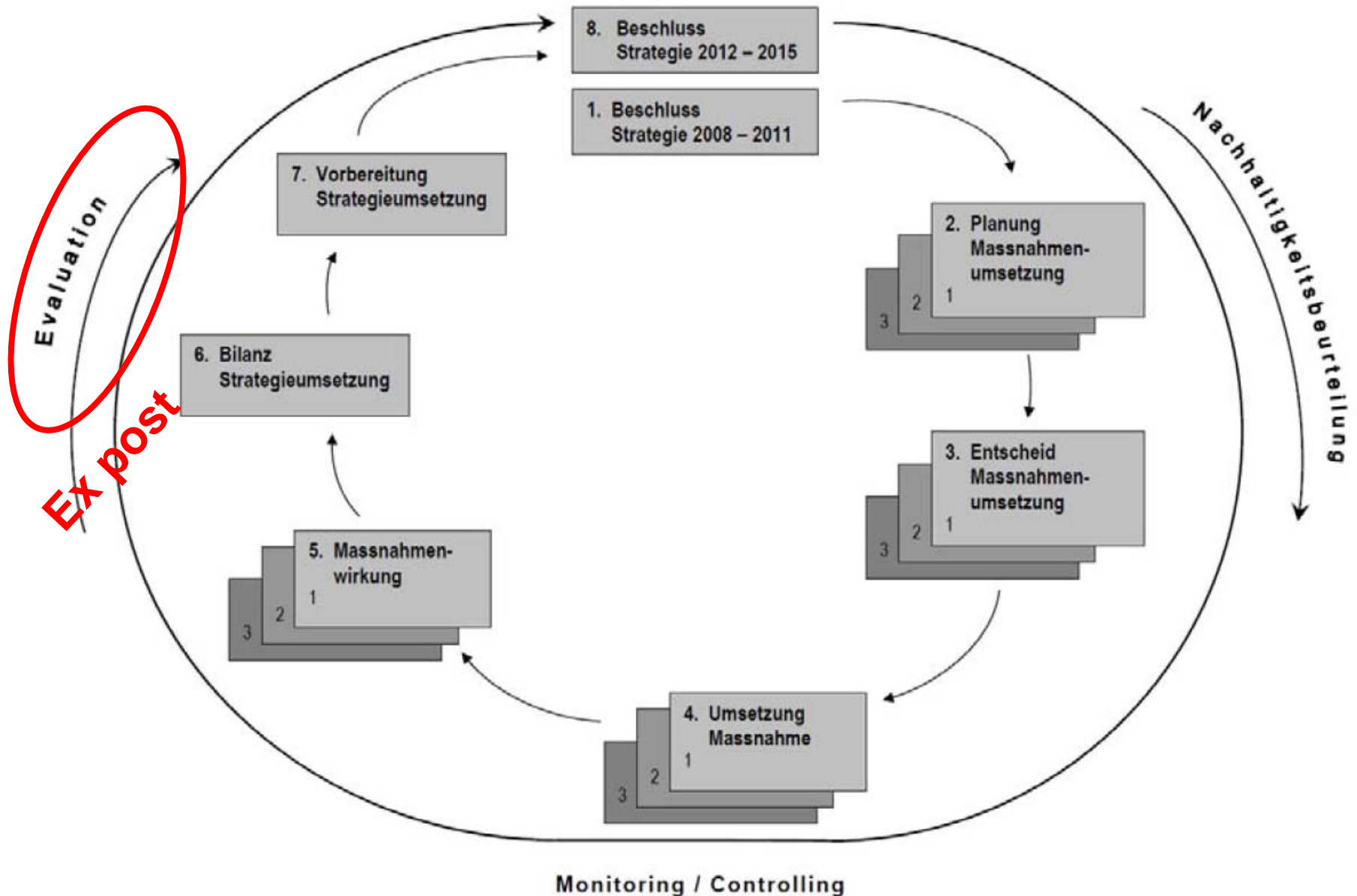


Evidenzbasierte Ansätze in der Schweizer Politik der nachhaltigen Entwicklung



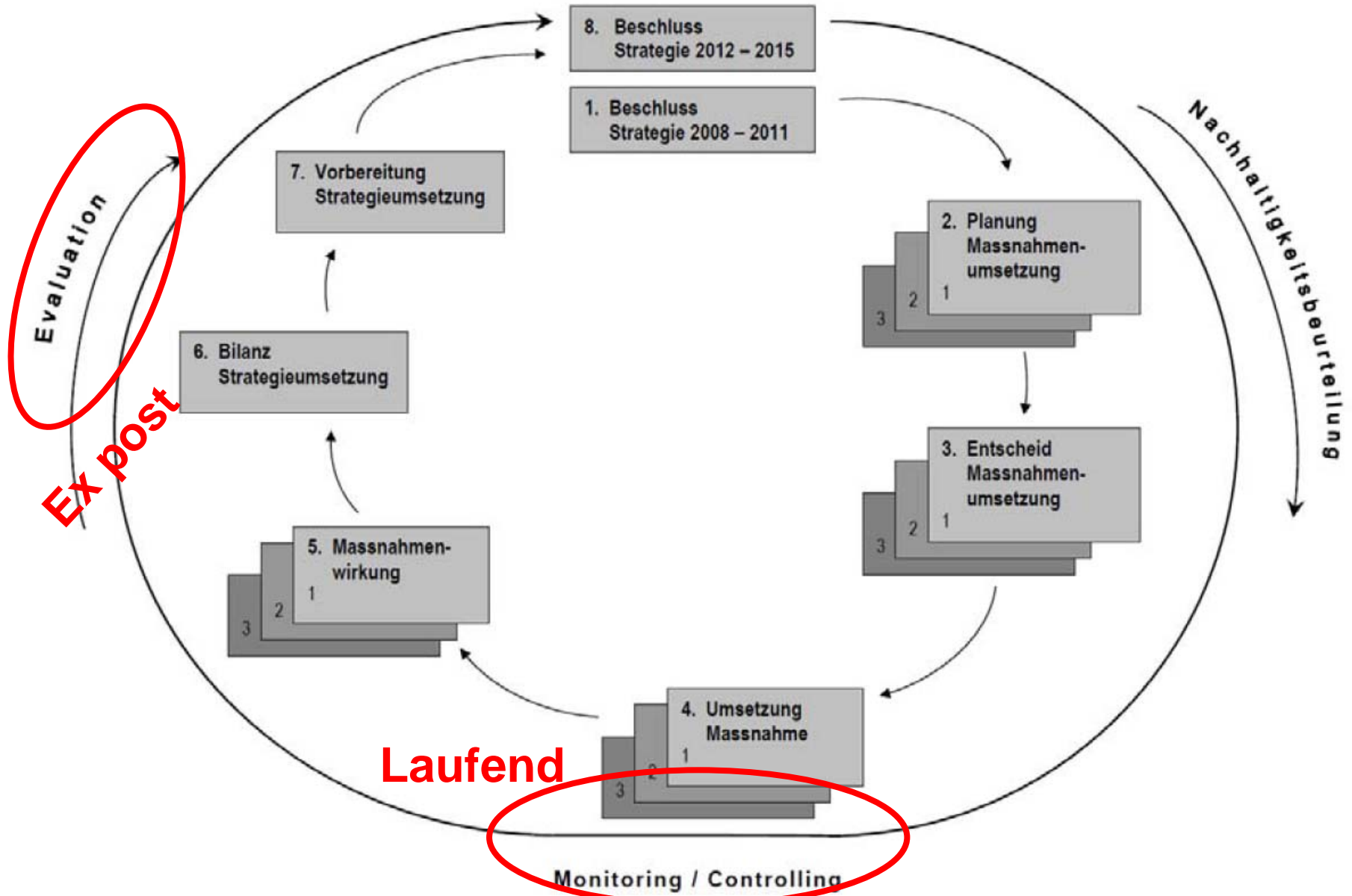


Evidenzbasierte Ansätze in der Schweizer Politik der nachhaltigen Entwicklung



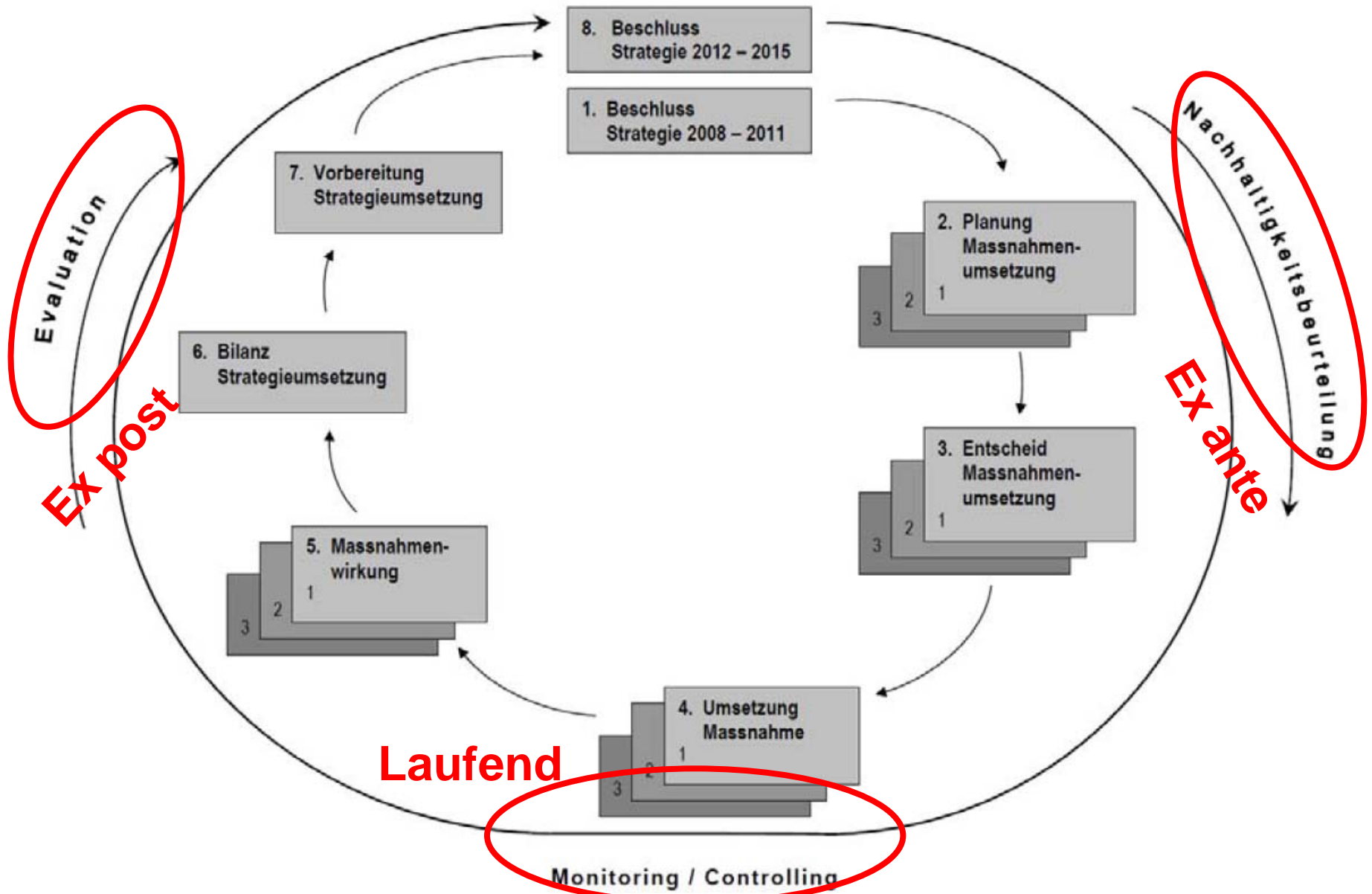


Evidenzbasierte Ansätze in der Schweizer Politik der nachhaltigen Entwicklung



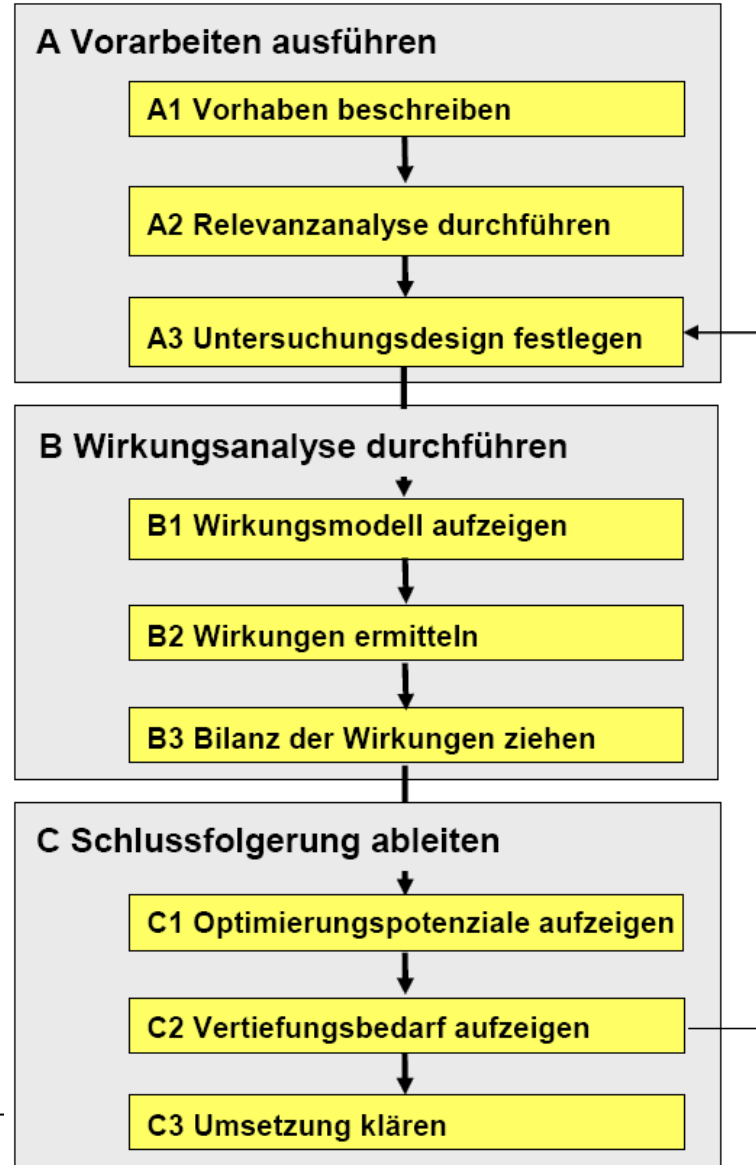


Evidenzbasierte Ansätze in der Schweizer Politik der nachhaltigen Entwicklung





Nachhaltigkeitsbeurteilung von Projekten / Vorhaben



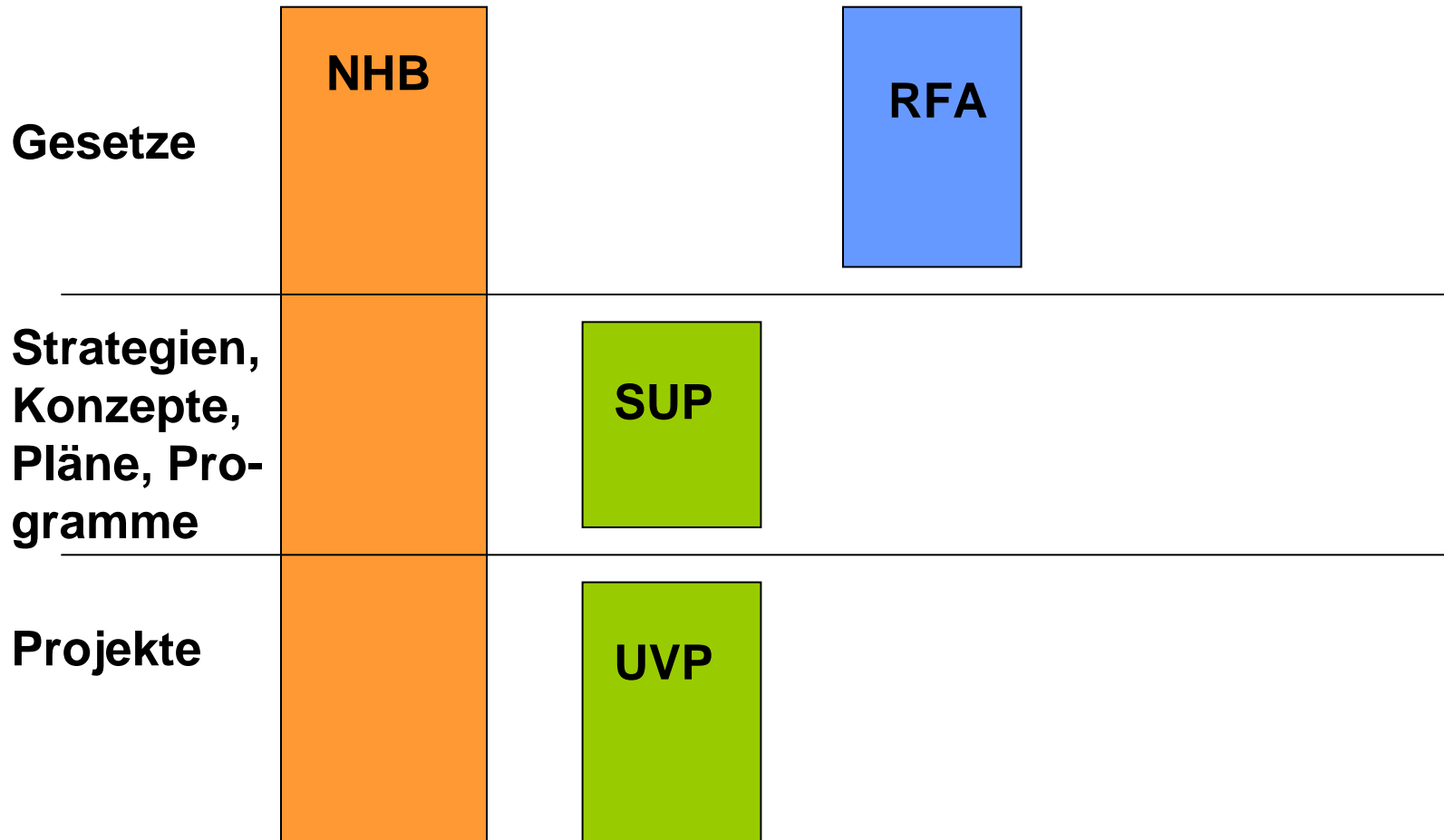


Nachhaltigkeitsbeurteilung

Zielsetzung	Konfliktverminderung, Optimierung, Nutzung von Synergiepotentialen im Spannungsfeld Umwelt – Wirtschaft – Gesellschaft
Anwendungsebene	Gesetze; Strategien / Konzepte / Pläne / Programme; Projekte
Inhaltliche Ausrichtung	Anwendung in einem breiten thematischen Spektrum
Anwendungszeitpunkt	ex ante / iterativ
Qualifizierung vs. Quantifizierung und Monetarisierung	Verbale Argumentation, Semi-Quantifizierung, Offenheit für Quantifizierung

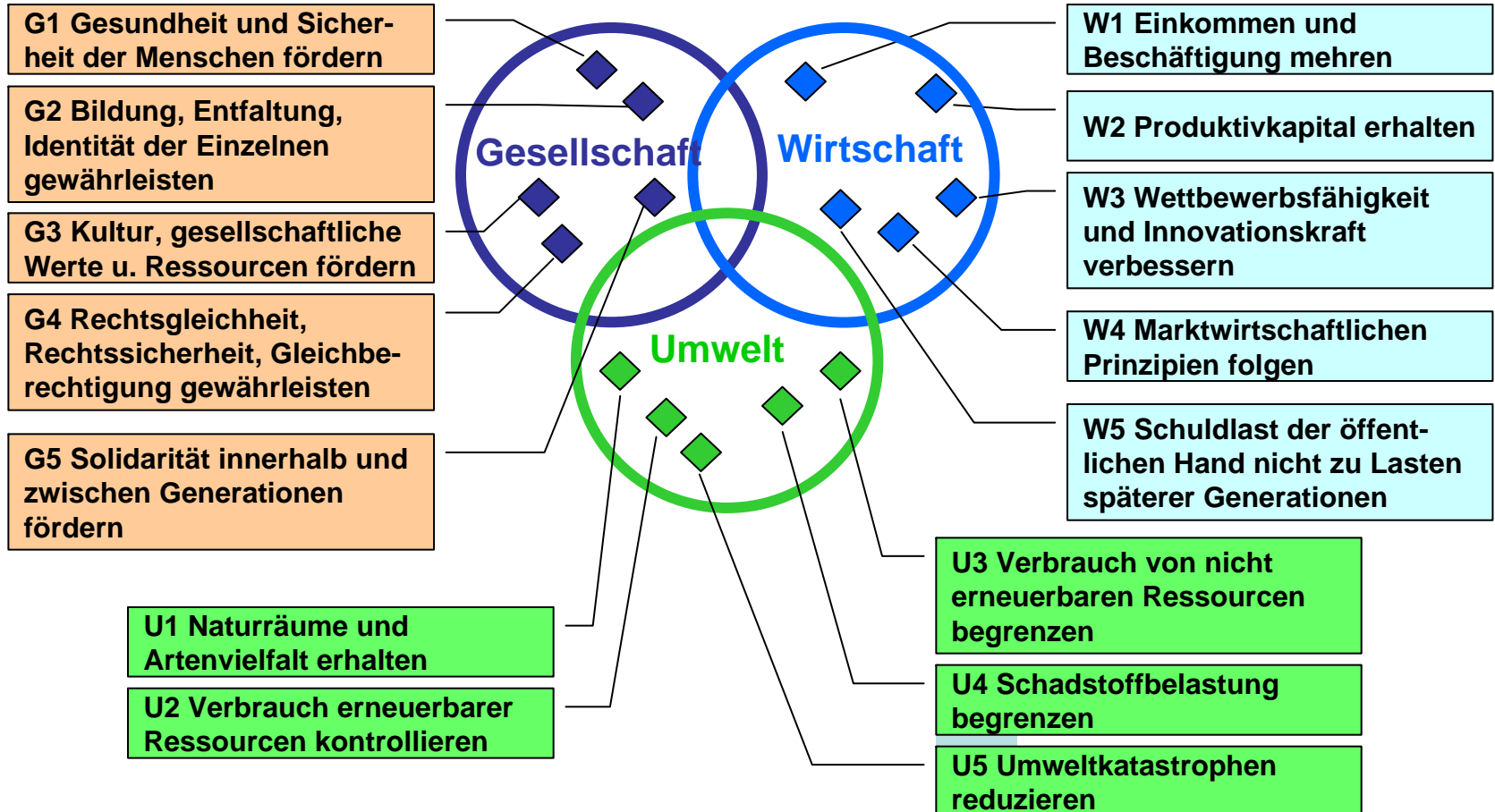


Prüfansätze und Anwendungsebenen in der Schweiz





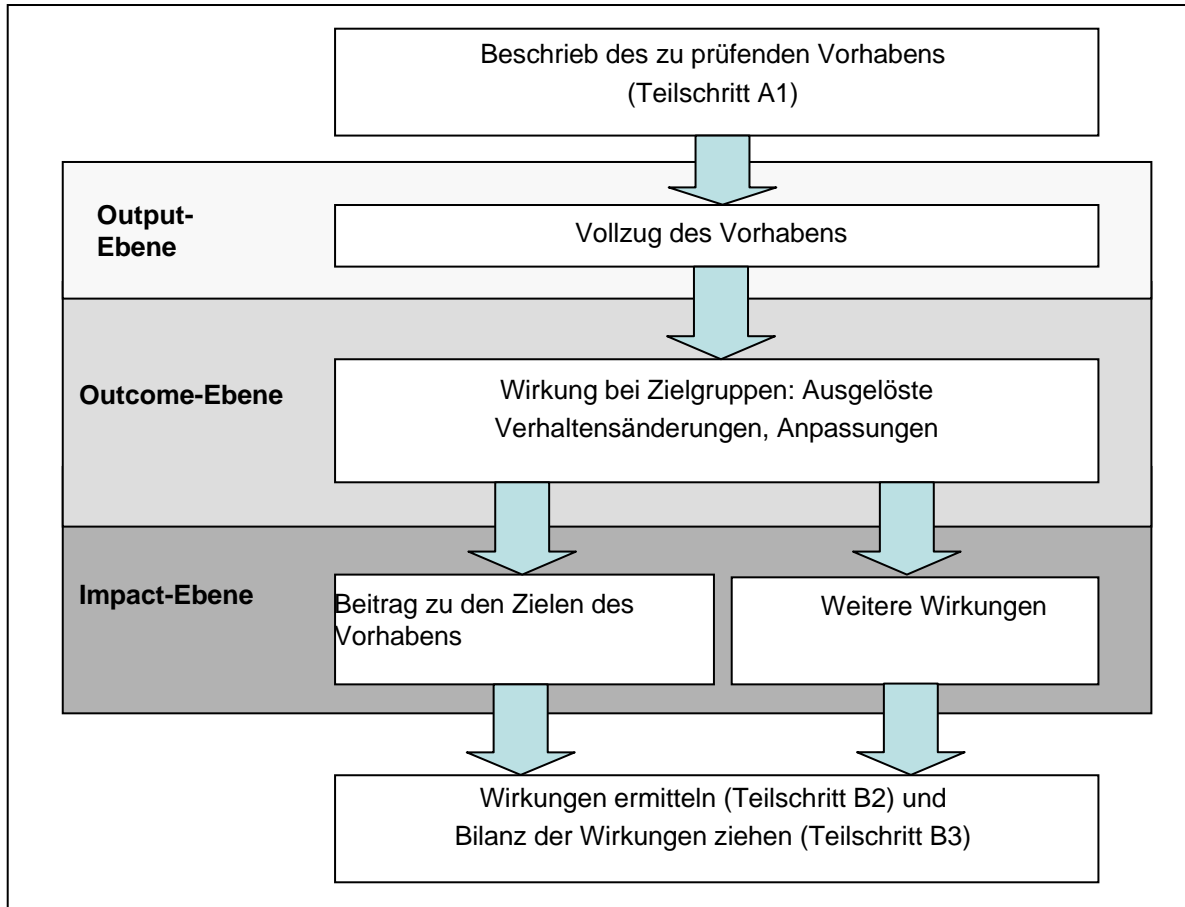
Ziel- und Kriteriensystem



ARE (2008): Nachhaltigkeitsbeurteilung – Leitfaden



Wirkungsmodell



ARE (2008): Nachhaltigkeitsbeurteilung – Leitfaden



Standards

- **Minimalanforderungen / allgemeine Standards**

- grundsätzlich den Leitfaden befolgen, Abweichungen begründen

- **Standards für Anwendung der NHB**

- Z.Z. noch nicht sehr verbindlich

- **Prozedurale Standards**

- Federführung, Akteurseinbezug etc.

- **Standards bei externen Aufträgen**

- Befolgung SEVAL-Standards

- **Standards für Analysen**

- Verwendung Bundesratskriterien, Abweichungen begründen

- **Standards für die Dokumentation**

- Ergebnisse sind zu dokumentieren

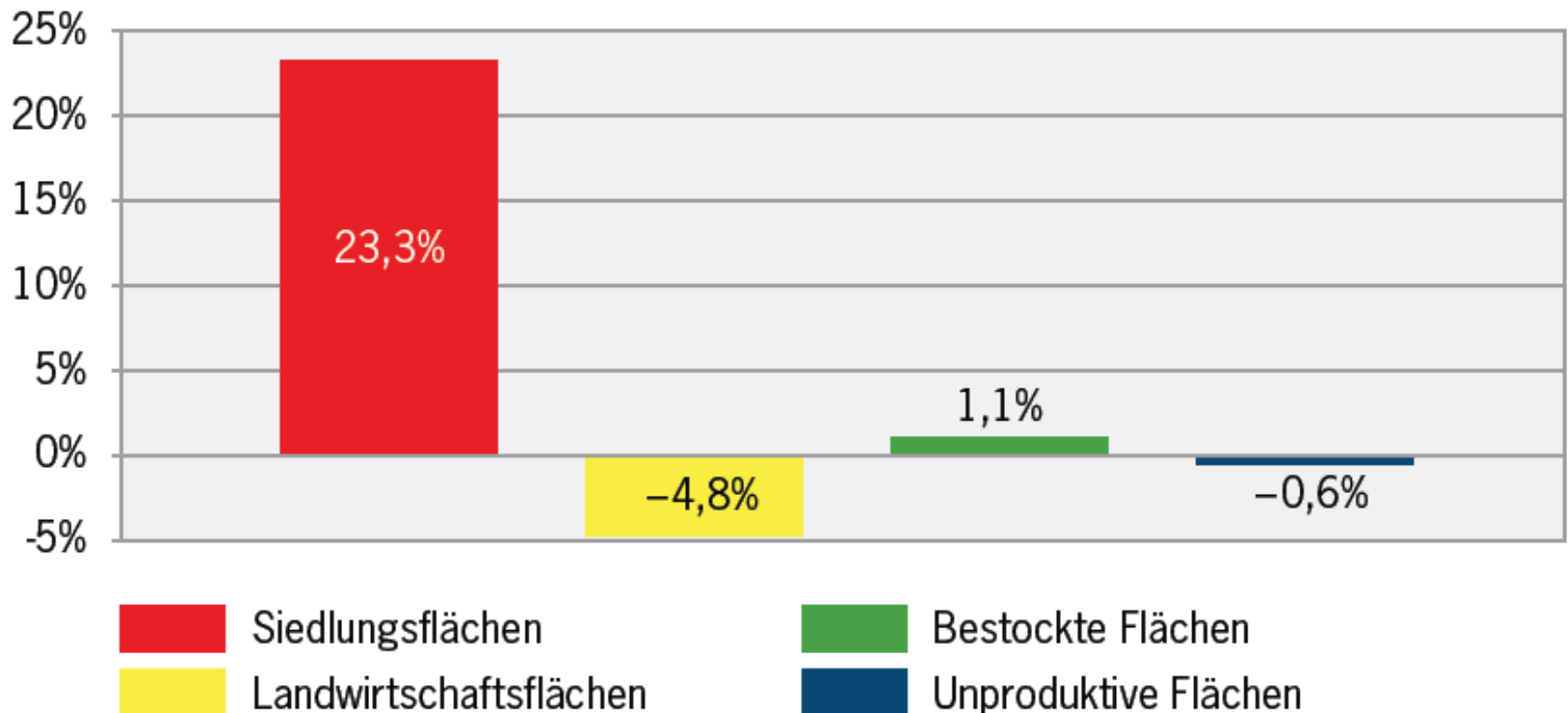
- **Standards für die Publikation / Kommunikation**

- grundsätzlich sind Ergebnisse zu veröffentlichen

Bsp. Revision Raumplanungsgesetz 2009

Entwicklung der Hauptbereiche der Arealstatistik in 24 Jahren (1979/85–2004/09)

(Datenbasis 63,1% der Fläche der Schweiz)





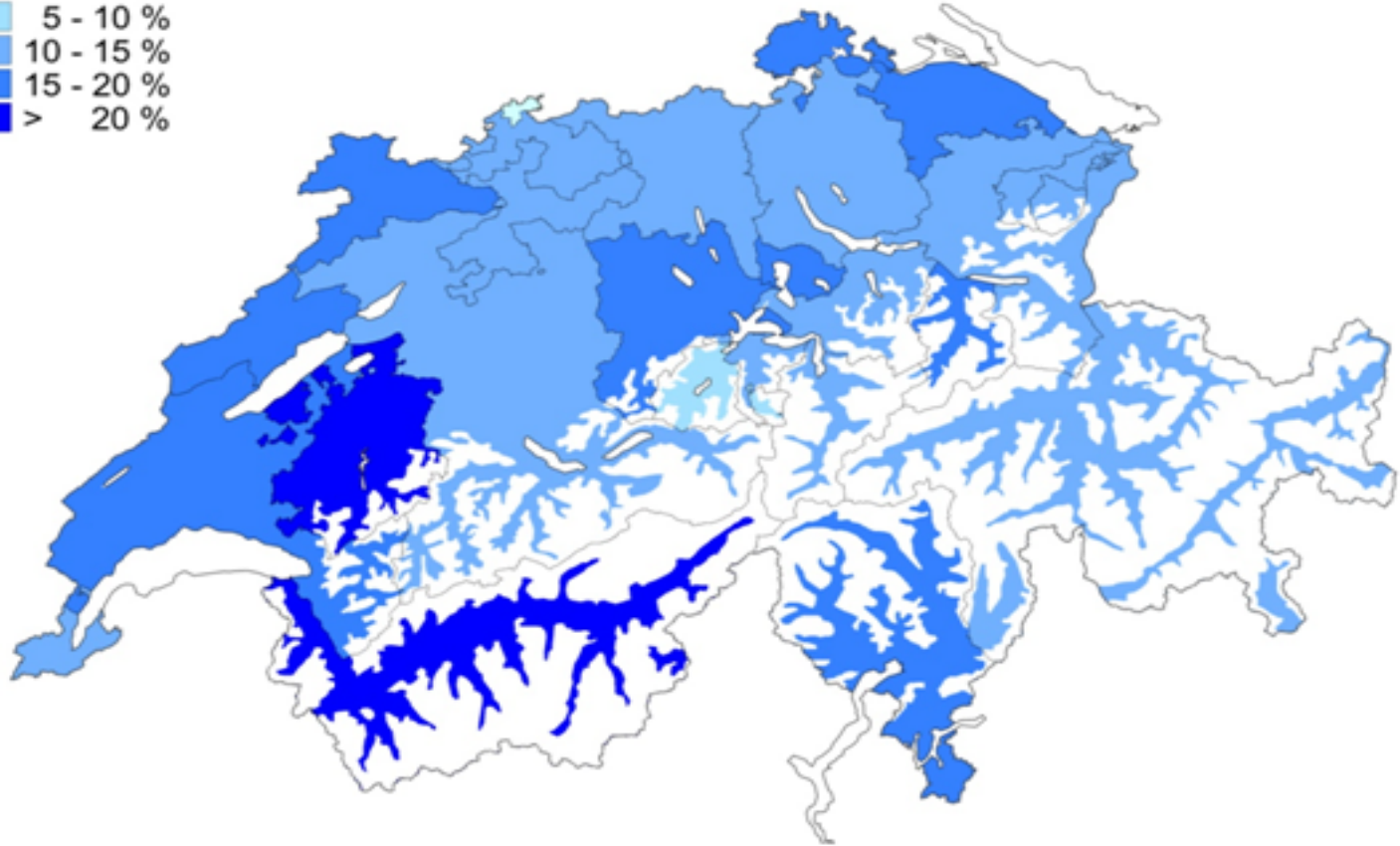
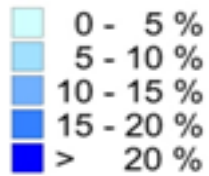
Defizite der Schweizer Raumplanung

- Das Raumplanungsgesetz kämpft seit Anbeginn mit Vollzugsproblemen.
- Als Erbe aus der Zeit vor der Bundesraumplanung Bauzonen immer noch gross (> 15-Jahresbedarf)
→ disperses Bauen
- Ungenügende Instrumente zur Förderung einer kompakten Innenentwicklung des Siedlungsraumes
- Föderalistische Kompetenzzersplitterung erschwert Planung und Funktionalräumen

Bundesamt für Raumentwicklung: Raumentwicklungsbericht 2005



Unüberbaute Bauzonen nach Kantonen



Quelle: Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Bauzonenstatistik Schweiz 2012



Bsp. Revision Raumplanungsgesetz 2009

Vorhaben beschreiben

Neue Definition der Bauzonen bzw. der Anforderungen an die Einzonung

- Bedarfsnachweis über die Gemeindegrenzen hinaus erbringen
- Bedarfsberechnung unter Berücksichtigung der inneren Nutzungsreserven

Überprüfung der Bauzonen

- Auftrag zur Überprüfung der Bauzonen

Neue Anforderungen an den kantonalen Richtplan

- Grösse und Lage der Siedlungen festlegen, Siedlungserweiterungen regional abstimmen, Abstimmung von Siedlung und Verkehr, hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen festlegen, Anforderungen an die Bauzonen erfüllen, Siedlungserneuerung stärken

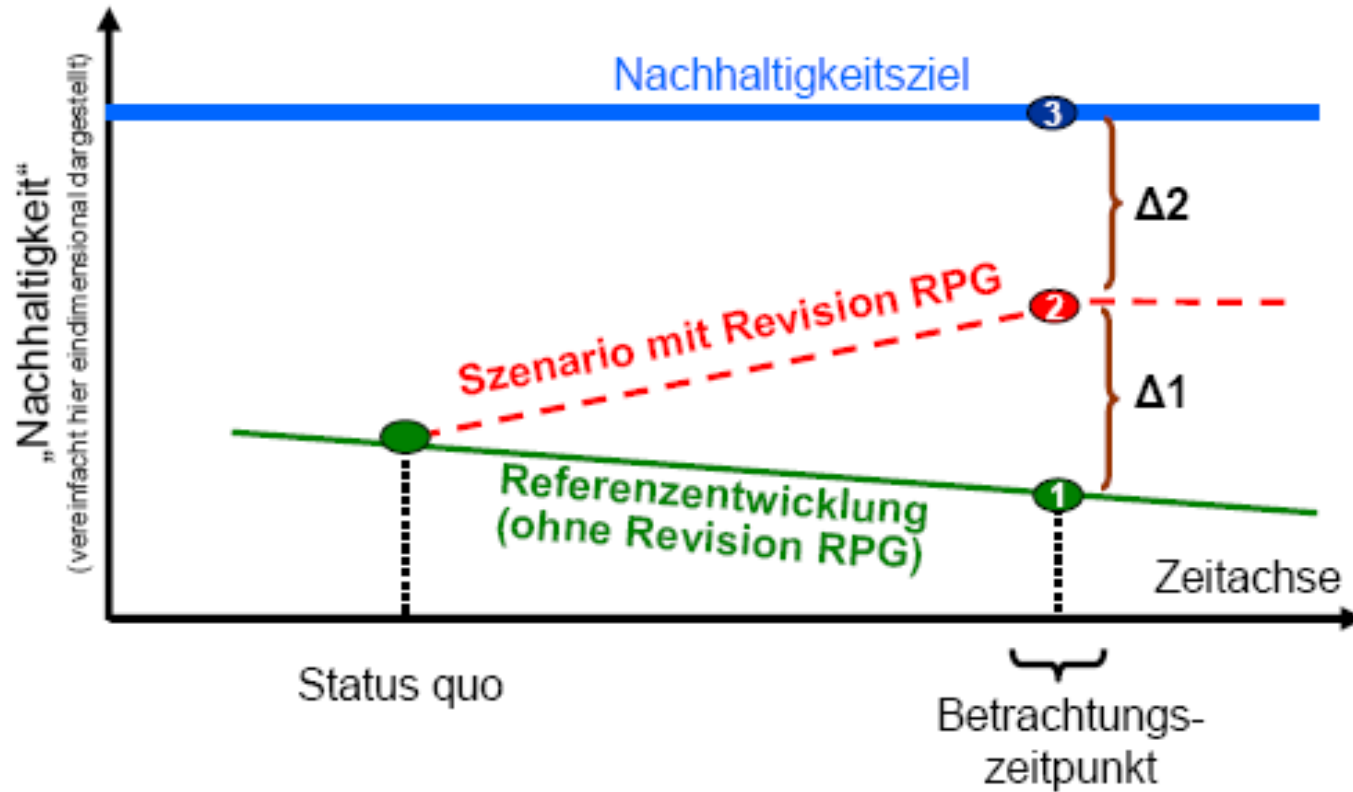
Überbaubarkeit fördern

- z.B. Baulandumlegung

Verhinderung von Baulandhortung

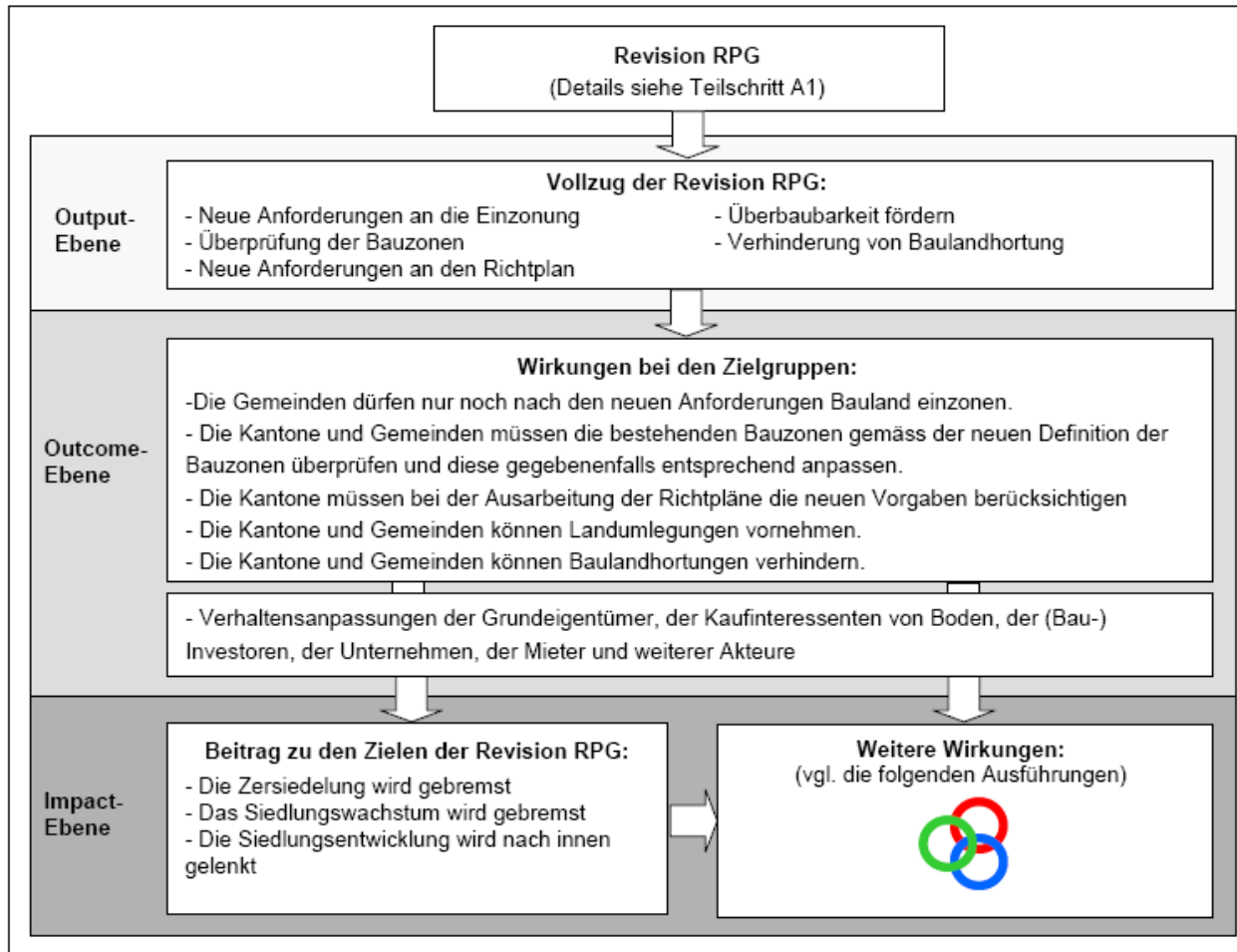
Bsp. Revision Raumplanungsgesetz 2009

Untersuchungsdesign festlegen



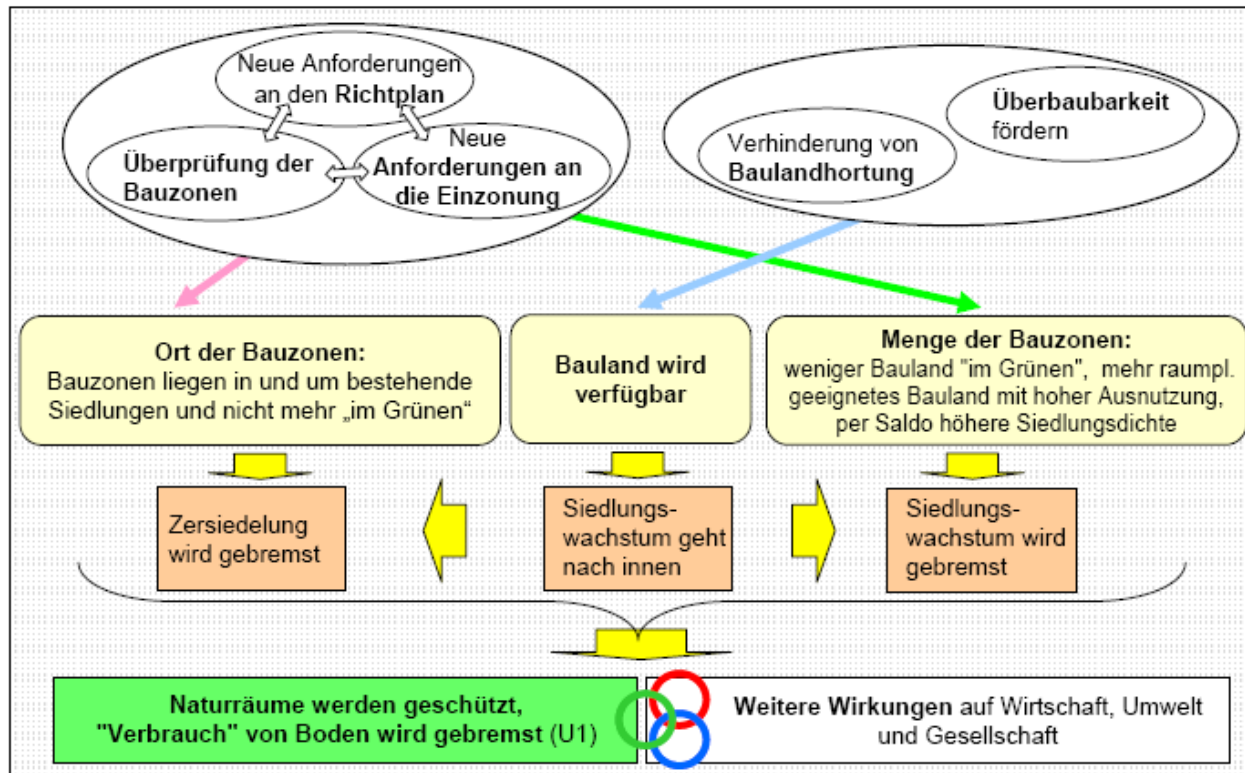
Bsp. Revision Raumplanungsgesetz 2009

Wirkungsmodell entwickeln



Bsp. Revision Raumplanungsgesetz 2009

Wirkungsmechanismen ermitteln



Bsp. Revision Raumplanungsgesetz 2009

Wirkungen ermitteln und bilanzieren

Beurteilungskriterien (Bundesratskriterien)

Nr.	Bezeichnung	Ausprägung der Wirkung (gerundet)							Gewichtung	Bewertung der Unsicherheit				
		-3	-2	-1	0	1	2	3		unbekannt	keine	kleine	mittlere	grosse
Wirtschaft														
W1	Einkommen und Beschäftigung									17%			X	
W2	Produktivkapital									17%		X		
W3	Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft									17%		X		
W4	Marktmechanismen und Kostenwahrheit									17%		X		
W5	Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand									17%			X	
W6	Zweckmässigkeit im Vollzug									17%				X
Umwelt														
U1	Naturräume und Artenvielfalt									20%			X	
U2	Erneuerbare Ressourcen									20%	X			
U3	Nicht erneuerbare Ressourcen									20%		X		
U4	Belastung der natürlichen Umwelt und des Menschen									20%		X		
U5	Umweltkatastrophen und Unfallrisiko									20%	X			
Gesellschaft														
G1	Gesundheit und Sicherheit									20%		X		
G2	Bildung, Entfaltung und Identität des Einzelnen									20%	X			
G3	Kultur und gesellschaftliche Werte									20%			X	
G4	Rechtsgleichheit, Rechtssicherheit und Gleichberechtigung									20%		X		
G5	Solidarität									20%			X	



Bsp. Revision Raumplanungsgesetz 2009

Volksabstimmung 3. März 2013: Schlüsselfragen

- Boden-, Immobilien-, Mietpreisanstieg?
- Schädigung Wettbewerbsfähigkeit durch Verknappung von Bauland
- Benachteiligung ländlicher gegenüber städtischen Regionen?
- Mehrwertabgabe als neue Steuer?
- Zentralisierung und Unterhöhlung der Kompetenzen der Kantone?
- Eigentumsfeindlichkeit?

Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz)

Artikel 141 Botschaften zu Erlassentwürfen

² In der Botschaft begründet ...[der Bundesrat] den Erlassentwurf und kommentiert soweit nötig die einzelnen Bestimmungen. Darüber hinaus erläutert er insbesondere folgende Punkte, soweit substantielle Angaben dazu möglich sind:

...

g. die Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und künftige Generationen

...

(Bst . g. in Kraft seit 2009)



Leitfaden für Botschaften des Bundesrates

(Revision in Kraft seit 2012)

BOTSCHAFTSSHEMA

1 Grundzüge der Vorlage

2 Erläuterungen zu einzelnen Artikeln

3 Auswirkungen

3.1 Auswirkungen auf den Bund

3.2 Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden sowie auf urbane Zentren, Agglomerationen und Berggebiete

3.3 Auswirkungen auf die Volkswirtschaft

3.4 Auswirkungen auf die Gesellschaft

3.5 Auswirkungen auf die Umwelt

3.6 Andere Auswirkungen

4 Verhältnis zur Legislaturplanung und zu nationalen Strategien des Bundesrates

4.1 Verhältnis zur Legislaturplanung

4.2 Verhältnis zu nationalen Strategien des Bundesrates

5 Rechtliche Aspekte



Leitfaden für Botschaften des Bundesrates

(Revision in Kraft seit 2012)

BOTSCHAFTSSCHEMA

1 Grundzüge der Vorlage

2 Erläuterungen zu einzelnen Artikeln

3 Auswirkungen

3.1 Auswirkungen auf den Bund

3.2 Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden sowie auf urbane Zentren, Agglomerationen und Berggebiete

3.3 Auswirkungen auf die Volkswirtschaft

3.4 Auswirkungen auf die Gesellschaft

3.5 Auswirkungen auf die Umwelt

3.6 Andere Auswirkungen

} → Verweis
auf NHB

4 Verhältnis zur Legislaturplanung und zu nationalen Strategien des Bundesrates

4.1 Verhältnis zur Legislaturplanung

4.2 Verhältnis zu nationalen Strategien des Bundesrates

5 Rechtliche Aspekte



Leitfaden für Botschaften des Bundesrates

(Revision in Kraft seit 2012)

BOTSCHAFTSSCHEMA

1 Grundzüge der Vorlage

2 Erläuterungen zu einzelnen Artikeln

3 Auswirkungen

3.1 Auswirkungen auf den Bund

3.2 Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden sowie auf urbane Zentren, Agglomerationen und Berggebiete

3.3 Auswirkungen auf die Volkswirtschaft

3.4 Auswirkungen auf die Gesellschaft

3.5 Auswirkungen auf die Umwelt

3.6 Andere Auswirkungen

4 Verhältnis zur Legislaturplanung und zu nationalen Strategien des Bundesrates

4.1 Verhältnis zur Legislaturplanung

4.2 Verhältnis zu nationalen Strategien des Bundesrates

5 Rechtliche Aspekte

→ Verweis
auf NHB

→ u.a. Strategie NE



Stand der Anwendung

- Häufig in den Politiksektoren
 - Verkehr
 - Energie
 - Raumentwicklung
 - Landwirtschaft
 - Entwicklungszusammenarbeit ...
- ... aber noch keine flächendeckende Anwendung
- Zahlreich auf den Ebenen Projekte + Programme ...
- ... noch weniger bei Gesetzen (→ RFA)
- Standards noch nicht rechtlich verbindlich



Fazit

- Schrittweise Einführung über mehrere Jahre
- Verankerung in „Botschaftsleitfaden“ als Meilenstein
- Methodik hat sich bewährt
- Standards müssen verbindlicher werden
- Anwendung auf Ebene Gesetze vorantreiben...
- ... und Verhältnis zu Regulierungsfolgenabschätzung klären



Vielen Dank!

daniel.wachter@are.admin.ch

www.are.admin.ch/nachhaltigeentwicklung

www.are.admin.ch/nhb